

Teilhabe sichern – gleiche Chancen für alle!



HAMBURGER ERKLÄRUNG

zur 21. Landesverbandstagung am 25. Mai 2019

Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
Landesverband Hamburg

Teilhabe sichern – gleiche Chancen für Alle

HAMBURGER ERKLÄRUNG zur 21. Landesverbandstagung

Der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD) Landesverband Hamburg fordert eine nachhaltige Politik, die Daseinsvorsorge und Grundsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt so sicherstellt, dass allen ein guter Zugang zur Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird. Dies erfordert eine am Gemeinwohl orientierte Politik, die die Bekämpfung von Armut in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

Die Digitalisierung wird den Alltag der Menschen in der Zukunft prägen. Daher ist es wichtig, dass Hamburger Senat und Bürgerschaft strikt darauf achten, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben. Das Sammeln von Informationen über die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt sowie deren Überwachung muss Regeln unterliegen oder unterbunden werden. In keinem Fall darf es zu einer profitorientierten Nutzung von Daten der Bewohnerinnen und Bewohner durch die Freie und Hansestadt Hamburg und deren Organe bzw. verbundenen Unternehmen kommen.

Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen ist durch Schulungen und Unterstützungsangeboten bei der Entwicklung der digitalen Stadt zu verhindern. Begleitend zu digitalen Angeboten sind nach wie vor gut zugängliche analoge Angebote vorzuhalten.

Der SoVD erkennt an, dass Sozialpolitik nicht nur Landespolitik ist. Hamburg braucht deshalb eine starke soziale Stimme im Bund. Vom Hamburger Senat erwartet der SoVD deshalb erfolgreiche Gesetzesinitiativen im Bundesrat zu den drängenden sozialpolitischen und finanzpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre.

Die Stadt ist kein Unternehmen und daher liegt ihr Fokus auf der Gemeinwohlorientierung. Das Wohlstandskonzept des Senats und der Bürgerschaft muss sich daher an mehr sozialer Sicherheit für alle Hamburgerinnen und Hamburger orientieren. Dies auch angesichts der Tatsache, dass die Zahl prekärer Beschäftigter immer weiter zunimmt und sozialer Abstieg bis in den Mittelstand spürbar ist.

Die Bekämpfung der herrschenden Wohnungsnot muss nach wie vor zentraler Bestandteil zukünftiger Planungen der Stadt sein. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass die Stadt ihr grünes Gesicht behält und Zonen für die Erholung der Stadtbevölkerung bewahrt. Klimaerhaltende und klimaverbessernde Maßnahmen müssen angesichts des nicht zu übersehenden Klimawandels nachhaltig berücksichtigt werden, denn auch das gehört zu einer gelungenen Sozialpolitik, die die Gesundheit der Menschen im Blick hat.

Zu einer demokratischen Stadt gehört die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Die Finanzen der Freien und Hansestadt Hamburg erlauben mehr Ausgaben für Sozialpolitik und das Umsteuern von Ausgaben zugunsten von Sozialpolitik. Mehr Sozialpolitik

für mehr Teilhabe und mehr Gerechtigkeit ist möglich und hängt allein vom politischen Willen des Senats und den ihn tragenden Parteien ab.

Megatrend Digitalisierung versus Bürgerrechte

Die Digitalisierung wird zukünftig Stadtentwicklung und unser Alltagsleben in der Stadt prägen. Immer mehr städtische Dienstleistungen werden online angeboten. Die Politik setzt auf digitalisierte Mobilität, Onlineangebote in Bücherhallen, webbasierte Angebote bei den städtischen Kundenzentren, elektronische Krankenhausdiagnostik und Behandlungen und vieles mehr. Ein schlüssiges Gesamtkonzept für eine digitale Stadt ist allerdings nicht erkennbar. Dies kann dann den Einfluss von Unternehmen eröffnen, die immer auch „legitim“ ihre Interessen dabei mit verfolgen. Heute gewinnen Unternehmen Vorsprünge auf den Märkten nicht nur der Zukunft durch das Sammeln von Daten und Informationen über ihre – potentiellen – Kunden. Daraus entstehen Gefahren für Bürgerrechte, denen entgegengewirkt werden muss.

In der Überwachung und vielfältigen nicht genehmigten Nutzung von privaten Daten Hamburger Bürgerinnen und Bürger liegen Gefahren, die von der Politik gesehen und unterbunden werden müssen. Daher ist gerade bei der Entwicklung von digitalen Anwendungen die Orientierung am Gemeinwohl von zentraler Bedeutung.

Viele digitale Errungenschaften können zu einem guten Leben beitragen. Entwicklungen in Medizin und Pflege können helfen Alltagsprobleme besser zu bewältigen; gleiches gilt für Haushalt und Mobilität. Das kann uns zu einem lebenswerten Hamburg verhelfen.

Auch der SoVD steht hierbei vor Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Neue Technologien bedeuten auch neue Anforderungen an sozialpolitische Antworten, die zum Teil erst noch gefunden werden müssen.

Ein Problem liegt schon auf dem Tisch: Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen durch die Einführung von digitalen Lösungen ist durch Schulungen und Unterstützungsangeboten bei der Entwicklung der digitalen Stadt zu verhindern. Begleitend zu digitalen Angeboten sind nach wie vor gut zugängliche analoge Angebote vorzuhalten. Diese so lange zu erhalten sind, wie es notwendig ist, ist eine der Hausforderungen.

Armut verhindern – Armut bekämpfen – soziale Spaltung entgegenwirken

Der SoVD fordert nachdrücklich ein schlüssiges Konzept zur Armutsbekämpfung in Hamburg. Die Politik und insbesondere der Senat und die Bürgerschaft sind nachdrücklich aufgefordert, Maßnahmen zur wirksamen Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen und dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Hamburgs angemessen an der Gesellschaft teilhaben können. Es geht nicht um einzelne Maßnahmen, die es gibt, sondern vielmehr um ein in sich schlüssiges Konzept mit Zielzahlen.

Der SoVD fordert einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht, der sozialräumliche Aspekte beinhaltet.

Es geht weit an der Wirklichkeit vorbei, wenn Armut nur auf die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen bezogen wird. Ein deutlich besserer Indikator ist der Bezug von Armut zum jeweiligen sozialen Umfeld der Menschen. Armut macht sich auch durch eine soziokulturelle Verarmung bemerkbar. Gemeint ist damit fehlende Teilhabe an bestimmten sozialen Aktivitäten als Folge fehlender finanziellen Ressourcen (wie z.B. Theater- oder Kinobesuch, Klassenfahrten, Computer und aktuelle Computerprogramme sowie Smartphones).

Die Forderungen des SoVD Hamburg beziehen sich entsprechend auf die kostenfreie Nutzung kultureller und digitaler Angebote der Stadt.

Neben einem auskömmlichen Einkommen ist die Schaffung und Erweiterung von kostenfreier Infrastruktur, die von den Bewohnern mitgestaltet wird, Ausdruck für einen entwickelten Sozialstaat.

Entscheidet ist jedoch, dass auskömmliche Einkommen erzielt werden können. Hier fehlt es umfänglich an Aktivitäten des Senats und der Bürgerschaft. Der SoVD fordert den Aufbau eines Sozialen Arbeitsmarktes aus Hamburger Haushaltsmitteln für mindestens 3.000 langzeitarbeitslosen Menschen. Dies würde sofort zu Verbesserungen führen. Langzeitarbeitslose Menschen und ihre Familien könnten Einkommen aus Erwerbsarbeit erzielen und so der unmittelbaren Armut entgehen. Zudem ergeben sich neue Lebensperspektiven.

Ein Blick auf die Armutsgefährdungsentwicklung der verschiedenen Gruppen zeigt, dass keine Besserung eingetreten ist, sondern teilweise sogar deutliche Anstiege (z. B. Altersarmut) zu verzeichnen sind.

Der SoVD Hamburg fordert den Hamburger Senat auf, darauf hinzuwirken, dass auch Ansprüche aus der gesetzlichen Rente Berücksichtigung bei den Freigrenzen für Grundversicherungsempfängerinnen und -empfänger finden müssen. Im Rahmen der Sozialstaatsdebatte, an der sich der SoVD Hamburg und besonders der SoVD Bundesverband intensiv beteiligt, kommt nunmehr wieder Schwung auch in diese Debatte.

Auf die Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen in Altersarmut wird weiter unten ausführlich eingegangen.

Zu einem würdevollen Leben im Alter gehört unverzichtbar neben einem auskömmlichen Einkommen, das die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, die Abschaffung von Stromsperrern und die Möglichkeit, sich in der Stadt mobil bewegen zu können. Ebenfalls muss die Versorgung so gesichert sein, dass ein Aufsuchen der Tafeln nicht mehr erforderlich ist. Mindestens 16,7 Prozent (Armutgefährdung nach dem Landesmedian)

der Menschen über 65 Jahren in Hamburg würden hiervon profitieren.

Zu den armen und armutsgefährdeten Personengruppen in Hamburg gehören nicht nur alte Menschen, sondern vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende mit Kindern, Familien mit mehreren Kindern und Langzeitarbeitslose, denen eigene Abschnitte in dieser Abhandlung gewidmet sind.

Kürzungen bei den sozialen Leistungen verhindern

Unzureichende Übernahme von Tariferhöhungen sowie zu geringe Zuwendungen für soziale Projekte trocknen unseren Sozialstaat in Hamburg aus und lassen den Kitt bröckeln, der für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich ist. Das ist auch ein Nährboden für radikale Kräfte, die unsere Gesellschaft zerstören wollen. Dem muss entgegengewirkt werden.

Die bisherige Sparpolitik des Senats setzt bereits viele Träger der Freien Wohlfahrtspflege so unter Druck, dass dies zu einer substanziellen Gefährdung von Einrichtungen führt. Der Senat wird aufgefordert, die tariflich bedingten Personalkosten und auch die Kosten für eine betriebliche Altersvorsorge in Sozialeinrichtungen auskömmlich zu finanzieren.

Sicherung der unabhängigen Sozialberatung

Unabhängige, niedrigschwellige Beratungs- und Vertretungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen müssen den Ratsuchenden vorbehaltlos im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Insbesondere ist wichtig, dass die Beratung ohne Furcht vor Sanktionen in Anspruch genommen werden kann. Hier bietet der Sozialverband Deutschland SoVD seine vielfältigen Leistungen an.

Bessere Wohnungspolitik und Wohnungslosenhilfe

Hamburg hat mit rund 130.000 Wohnungen in städtischem Besitz (SAGA/GWG) und etwa noch einmal so vielen Wohnungen in genossenschaftlichem Besitz eine gute Ausgangsbasis für Effekte, die eher preismindert auf den Wohnungsmarkt wirken. Das Bündnis für Wohnen hat sich zudem zum Ziel gesetzt, jährlich 10.000 Wohnungen im Drittmix zu bauen. Verschiedene Maßnahmen zur Dämpfung der Mietpreisanstiege wurden ebenfalls vom Hamburger Senat eingeführt, ohne dass sich dies wesentlich auf den Anstieg der Mieten auswirkten. Es ist aber gelungen, auch durch stetige Interventionen des SoVD, den Blick dafür zu öffnen, den sozialen Wohnungsbau zu verstärken. Ab 2019 fordern wir statt 3.333 nunmehr den Bau von 5.000 Sozialwohnungen je Jahr. Ebenso wurden die Forderungen des SoVD nach einer Verlängerung der Bindungsfrist in das Regierungshandeln aufgenommen. Auch nahm die Diskussion um die Vergabe von Grundstücken der Stadt in Erbpachtrecht hat Schwung auf.

Wir stellen allerdings fest, dass insgesamt viel mehr Menschen nach Hamburg ziehen als Wohnungen gebaut werden, dies verstärkt die Wohnungsnot und damit den Preisanstieg zusätzlich. Wir fordern deswegen auf, die Anstrengungen zu vergrößern und dabei auch auf den Klima- und Umweltschutz zu achten.

Die Segregation, nämlich die räumliche Trennung der Wohngebiete in Gebiete mit einkommensschwachen und einkommensstarken Gruppen in der Stadt, nimmt zu. Zum Teil berühren sich reiche und arme Stadtteile und damit die dort lebenden Menschen nicht mehr. Dies hat zur Folge, dass sich Prozesse der Entsolidarisierung verstärken und damit eben auch ungleiche Lebenschancen; soziale Probleme nehmen zu. Hohe Mieten führen zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und vor allem in Personengruppen, die mehr und mehr für ihre Miete – auch in weniger guten Wohnlagen – ausgeben müssen und denjenigen, die es sich leisten können, auch in teureren Lagen zu wohnen.

Da der Anteil der Sozialwohnungen kontinuierlich sinkt, wird allein aus diesem Grund schon eine Versorgung von einkommensbenachteiligten Familien immer schwieriger.

Neben der Anzahl zu bauender Wohnungen ging es dem SoVD auch immer darum, weitere wichtige Aspekte im Wohnungsbau zu betonen. So fordern wir, die Bindungsfrist für Sozialwohnungen auf mindestens 30 Jahre zu erhöhen und Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern diese für eine bestimmte Zeit den Bauherren zu überlassen. Eine Entlastung fordert der SoVD durch die Anhebung der Einkommensgrenzen für Wohngeld, um so Entlastungen für Mieter herbeizuführen.

Die Reform der Grundsteuer darf insbesondere für einkommensschwache Mieter genauso nicht zu Mieterhöhungen führen wie die Erhöhung der Müllgebühren. Abgewehrt wurde der absurde Vorschlag des Senats, die Gehwegreinigung deutlich zu erhöhen und auf die Mieter umzulegen. Die Mietnebenkosten müssen im Blick bleiben, weil sie eine erhebliche Belastung für Mieterinnen und Mieter darstellen.

Zum Monatsende Februar 2019 lebten in Hamburg 31.678 Menschen in Standorten der öffentlich-rechtlichen Unterbringung, von ihnen zählten 15.399 zu wohnberechtigten Zuwanderern und 5.007 zum Personenkreis der Wohnungslosen. Eine im März 2018 durchgeführte Zählung und Befragung obdachlos auf der Straße lebender Menschen ergab, dass in Hamburg mindestens 1.910 Personen obdachlos auf der Straße leben, dazu kommt eine Dunkelziffer nicht erfasster obdachloser Menschen. Bei der Suche nach Wohnraum sind diese Menschen auf dem angespannten Hamburger Mietmarkt praktisch chancenlos. Sie verbleiben in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung, deren Kapazitäten längst ausgeschöpft sind und beständig erweitert werden müssen. Um das Problem grundsätzlich zu lösen, muss mehr Wohnraum geschaffen werden. Insbesondere Sozialwohnungen und vor allem auch solche Wohnungen, die auch vordringlich Wohnungssuchenden zugänglich sind.

Pflege muss auch ein würdevolles Leben ermöglichen – Ausbau gesundheitlicher Versorgung

Der Wunsch sehr vieler Menschen ist es, ein solange wie möglich selbständiges und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Wohnumgebung führen zu können, auch wenn sie aufgrund ihres Alters, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung auf Hilfe angewiesen sind. Diese Menschen sind öfter auf Unterstützung bei kleinen und großen Problemen im Alltag wie beispielsweise bei der Strukturierung des Haushalts, beim Einkaufen und dem sauber halten der Wohnung, der Erledigung von Behördenangelegenheiten auf Mobilitätsunterstützung und Begleitedienste angewiesen.

Es müssen neben den pflegerischen Versorgungsangeboten für die Unterstützung der Menschen zu Hause weitere Hilfestrukturen in Form sozialer Dienstleistungen, die auch soziale Kontakte und Möglichkeiten zum Austausch als Mittel gegen Einsamkeit bieten, vorhanden sein. Dazu gehören auch öffentliche Dienstleistungen im erreichbaren Wohnumfeld.

Notwendig ist die Umsetzung der Kontrollen der stationären und ambulanten Einrichtungen in Hamburg, so wie sie im Hamburgischen Wohn- und Betreuungsgesetz (HmbWBG) beschrieben sind, um eine würdevolle Pflege sicher zu stellen. Dazu gehören vor allem regelmäßige Kontrollen und Beratungsgespräche mit den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen.

Hamburg hat darüber hinaus den Auftrag, Menschen vor dem Absinken in die Grundversorgung zu bewahren, wenn dies allein durch die Pflegebedürftigkeit verursacht ist. Hier fehlt es an einem adäquaten Angebot.

Hamburg muss in mehr Niederlassungsgebiete für Ärzte aufgeteilt werden, um die ärztliche Versorgung in Hamburg und die Notfallversorgung zu verbessern.

Seniorinnen und Senioren beachten

Am Jahresende 2017 lebten rund 435.000 Seniorinnen und Senioren in Hamburg, die 60 Jahre und älter sind. Sie machen damit etwas mehr als 23 Prozent der Bevölkerung aus. Für die Zukunft werden Anstiege der Gesamtzahl und des Anteils der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung prognostiziert. Wachsen wird vor allem der Anteil der Hochbetagten. Damit sind die „Älteren“ eine bedeutende Gruppe in Hamburg, der wir Aufmerksamkeit schenken müssen. Ältere Menschen haben den Wunsch, in ihrem angestammten Wohnquartier zu bleiben. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Älteren Menschen ist es zu ermöglichen, am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in den Quartieren vor Ort und in der Stadt teilzuhaben und dieses mitzugestalten. Dabei geht es um Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung für ältere Menschen ebenso wie um die notwendige Infrastruktur in den Stadt-

teilen. Für Unterstützung und Pflege bei entsprechender Hilfebedürftigkeit muss mit guter Qualität gesorgt werden.

Der SoVD hat schon vor Jahren seine seniorenpolitischen Leitlinien veröffentlicht und Ansätze aus München ins Gespräch gebracht und fordert für alle Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger monatlich 20,00 Euro pro Anspruchsberechtigten zusätzlich aus Hamburger Mitteln bereit zu stellen. Dies ist nach dem SGB XII möglich, um so das höhere Preisniveau in Hamburg auszugleichen. Dieser Vorschlag wurde politisch aufgegriffen und wird im Sozialausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft beraten. Solange der Grundsicherungssatz nicht generell erhöht wird, kann auch ein kleiner Betrag die Lebensumstände für arme Rentnerinnen und Rentner verbessern.

Aus Sicht des SoVD Hamburg kann zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen in Altersarmut die Bildung von Zentren in besonders ausgewählten Quartieren dazu beitragen; diese müssen mit hauptamtlichen Fachkräften besetzt sein und den Kontakt zu Menschen in Altersarmut herstellen. Hier geht es zunächst vor allem um vertrauensbildende Maßnahmen und die Beteiligung der Betroffenen, um Hemmnisse abzubauen, z. B. Hilfen anzunehmen. In den Zentren sollen die Hilfeangebote und Vernetzungen gebündelt werden, um Unterstützungen aus einer Hand zu gewährleisten. Dazu gehört auch die aufsuchende Seniorenarbeit, die ansonsten nicht ihre Wirkung entfalten kann. Experten auf diesem Gebiet stehen sowohl in den Seniorenberatungen aller Bezirke als auch bei den Wohlfahrtsverbänden bereit, die in diese Arbeit eingebunden werden sollten. Am besten wäre es, wenn die Armutsbekämpfung insgesamt in den Zentren systematisch gebündelt würde.

Zu einem würdevollen Leben im Alter gehört unverzichtbar neben einem auskömmlichen Einkommen, das die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, die Abschaffung von Stromsperrern und die Möglichkeit, sich in der Stadt mobil bewegen zu können.

Ebenfalls muss die Versorgung so gesichert sein, dass ein Aufsuchen der Tafeln nicht mehr erforderlich ist. Mindestens 16,7 Prozent der Menschen über 65 Jahren in Hamburg würden hiervon profitieren.

Zunehmende Pflegebedürftigkeit wird schon heute bestehende Probleme weiter verschärfen. Wer älteren Menschen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr seniorenrechtliche Wohnungen (z. B. barrierefreier Wohnraum und Wohnumfeld) bereitstellen; denn Ältere lehnen in der Regel Altenheime ab, sie wollen ihren Lebensabend in ihrem Zuhause, in dem gewohnten und lieb gewordenen Umfeld, verbringen.

Viele Rentnerinnen und Rentner sind auf Treffpunkte (Seniorentreffs und vergleichbare Einrichtungen) ohne Verzehrzwang angewiesen. Diese Einrichtungen sind zu erhalten und weiter auszubauen. Die notwendige Weiterentwicklung des Konzepts der Seniorentreffs muss den Gedanken der Teilhabe an der Gesellschaft weiterverfolgen und

benötigt hauptamtliches Personal.

Eine bürgerfreundliche Verwaltung gehört in die Nähe der Bürger. Kundenzentren benötigen ausreichend Personal und Infrastruktur, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Dafür hat die Politik in Hamburg zu sorgen.

Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service. Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung (Post, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur) sowie kostenfreie haushaltsnahe Dienstleistungen sind bei allen städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen und in jedem Bezirk bereitzustellen. Barrierefreie Zuwegungen mit Parkbänken und auffindbaren öffentlichen Toiletten gehören in Wohnortnähe.

Seniorinnen und Senioren mit Behinderung müssen einen barrierefreien Zugang zur Eingliederungshilfe haben. Weder dürfen Maßnahmen beschnitten noch durch Zugangshemmnisse verweigert werden. Persönliche Budgets sind zu fördern.

Der SoVD fordert von allen Bezirksversammlungen die Einrichtung eines Sozialausschusses mit der eindeutigen Zuständigkeit für die Seniorenarbeit.

Sozialer öffentlicher Personennahverkehr – Mobilität –

Die Preise für Fahrkarten des Hamburger Verkehrsverbund (HVV) werden kontinuierlich nach oben angepasst, d. h. die Nutzung des ÖPNV verteuert sich stetig. Und dies vor dem Hintergrund, dass der Kostendeckungsgrad des HVV im Vergleich zu anderen Verkehrsverbänden hoch ist. Sozialpolitik soll hier für einen Ausgleich sorgen und auch denjenigen die alltägliche Nutzung der Verkehrsmittel ermöglichen, die nur über sehr kleine Einkommen verfügen.

Der SoVD fordert die kostenfreie und Nutzung des ÖPNV für bedürftige Menschen, so dass das Grundrecht auf Mobilität für alle auch umgesetzt werden kann und niemand kriminalisiert wird, der sich Fahrten mit dem ÖPNV nicht leisten kann und schwarzfahren muss.

Arbeitsmarktpolitik sichert Teilhabe an der Gesellschaft

Trotz steigender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Hamburg bleiben immer noch viele Hamburgerinnen und Hamburger vom Zugang zum Arbeitsmarkt abgehängt.

Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose: Mit dem Aufbau eines sozialen Arbeitsmarkts will die Bundesregierung rund 150.000 Menschen, die seit Jahren erwerbslos sind, dabei helfen, wieder aus eigener Kraft für ihr Leben sorgen zu können. In Hamburg können über 3.000 Betroffene von der Maßnahme profitieren. Es geht einerseits um die Einführung des Bundesprogrammes und andererseits darum, mehr Möglichkei-

ten der Beteiligung Hamburgs zu ermöglichen.

Der Hamburger Senat muss sein finanzielles Engagement bei Beschäftigungsprojekten für Langzeitarbeitslose weiter ausbauen, um vor allem denjenigen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu eröffnen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Gefordert wird der Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes aus Hamburger Mitteln zusätzlich zum Bundesprogramm, das zudem 2024 ausläuft, um auch über 2024 in Hamburg Perspektiven zu eröffnen.

Beschäftigungsgesellschaften benötigen darüber hinaus eine Basisfinanzierung, um unabhängig von Projekten ihren Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten zu können. Die entsprechende Co-Finanzierung für Projekte ist ebenfalls bereit zu stellen. Hier geht es nicht ums Prinzip, sondern um Menschen, die über Arbeit ihre Würde zurückerhalten müssen. Die Hamburger Beschäftigungsträger verfügen darüber hinaus über eine langjährige Erfahrung mit den speziellen Bedürfnissen dieser Menschen, so dass ihr Knowhow genutzt werden muss. Kritisch ist zudem, dass ein Coaching bundesweit ausgeschrieben wird, so dass Coaches nicht die Bedingungen des regionalen Arbeitsmarktes und der Unternehmen kennen. Zudem ist ein Beschäftigungsprogramm Bund/Land die Basis für Wege aus der Armut für die Betroffenen und ihre Familien.

Kinder und Jugendliche fördern

Kinder und Jugendliche bedürfen unserer ganz besonderen Aufmerksamkeit. Die Kinder- und Jugendarbeit ist neben der Bildung und Erziehung im Elternhaus, Kindergarten, Schule und beruflicher Ausbildung ein wichtiger Bildungsbereich in der Freizeit der Kinder und Jugendlichen. Kinder- und Jugendarbeit trägt zur Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen beachtlich bei, dabei werden notwendige personale und soziale Kompetenzen angeregt und vermittelt. Skandalös ist seit vielen Jahren die große Zahl der in Armut aufwachsender Kinder und Jugendlichen in Hamburg: über 58.000 Kinder und Jugendlichen sind in unserer Stadt von Armut betroffen. Die Angebote der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sind, um ihnen eine Chance zu bieten, auf solider Basis auszubauen. Deutlich mehr Abend- und Wochenendangebote sind zu entwickeln. Die Kürzungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro sind zurück zu nehmen.

In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät der Allgemeine soziale Dienst (ASD) nur selten, allenfalls in Verbindung mit tragischen Todesfällen von Kindern. Die erkennbaren Defizite müssen behoben werden. Der SoVD fordert eine unabhängige Expertenkommission zur Überprüfung der bisherigen Struktur und Arbeitsweise sowie der Entwicklung und Erprobung neuer Wege für den ASD. Erkenntnisse aus anderen Bundesländern und aus der Wissenschaft sind für die Arbeit des Hamburger ASD nutzbar zu machen.

Gerade präventiv kann mit den Hilfen zur Erziehung, wenn Beratung und Hilfen in den Familien frühzeitig erfolgen, sehr viel erreicht werden. Besonders benachteiligten Kindern und Jugendlichen können hierdurch neue Chancen eröffnet werden. Aufsuchende Sozialarbeit ist vermehrt erforderlich und sozialräumliche Ansätze sind ebenfalls

vermehrt zu entwickeln. sollen und müssen entwickelt werden. Solange es keine wirksamen Alternativen gibt, sind die Hilfen zur Erziehung im erforderlichen Umfang einzusetzen.

Familienberatungszentren sind wichtige Einrichtungen, die Familien im Lebensalltag helfen und unterstützen. Ihre Beratungstätigkeit ist oftmals eine wichtige Stütze bei der Alltagsbewältigung. Gerade für Familien mit vielen Kindern sind sie unverzichtbar. Ein quartiersbezogener bzw. sozialräumlicher Ausbau ist erforderlich

So sehr es zu begrüßen ist, dass ausreichend Plätze in Krippen und Kitas zur Verfügung stehen und erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf den Weg gebracht wurden, so sehr muss die Qualität der Arbeit weiter durch den Einsatz von Ressourcen verbessert werden. Im Vordergrund muss die Förderung der Kinder stehen, um ihre Chancen in der Gesellschaft zu verbessern.

Mit Rat und Tat an Ihrer Seite

Der SoVD hilft seinen Mitgliedern bei Fragen und Problemen rund um alle Sozialleistungen: Wir informieren über Ansprüche, unterstützen bei der Antragstellung und übernehmen im Fall der Fälle Widersprüche oder Klagen vor dem Sozialgericht. **Mehr noch:** Als großer sozialpolitischer Interessenverband engagiert sich der SoVD nachdrücklich für Ihre soziale Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit – denn die wachsende Altersarmut, ungleiche Bildungschancen oder eine würdevolle Pflege gehen uns alle an!

LOKSTEDT
Bürgerhaus Lenzsiedlung
Julius-Vosseler-Str. 193
2. Di im Monat, 16 Uhr

LANGENHORN
Bürgerhaus Langenhorn
Tangstedter Landstr. 41
1. Do. im Monat, 16-18 Uhr

STELSHOOP
In Planung

LURUP
Luruper Hauptstr. 149
Di.-Do. 10-12 Uhr
u. 14-16 Uhr

ALTONA
Bürgertreff Altona-Nord
Gefionstr. 3
3. Do. im Monat, 14-16 Uhr

FARMSSEN
Berufsförderungswerk
(Haus W, Raum 034)
Marie-Bautz-Weg 11
Mo. u. Fr. 10-12 Uhr

ST. GEORG
Mieterverein zu Hamburg
Beim Strohhaus 20
1. u. 3. Do. im Monat,
14-17.30 Uhr

BARMBEK
Pestalozzistr. 38
Mo.-Mi. 9-16,
Do. 9-18,
Fr. 9-14 Uhr

HARBURG
Winsener Str. 13
Mo. 9-12 Uhr, Mi. 10-12 Uhr
Rentenberatung:
Do. 14-17 Uhr

BERGEDORF
BAG im Marktkauf-Center
Alte Holstenstr. 30
Fr. 10-12 Uhr

BERGEDORF
DGB-Zentrum
Serrahnstr. 1
1. u. 3. Di. im Monat,
14.30-16 Uhr